

Antrag

**der Abgeordneten Thomas Reich, Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf,
Krzysztof Walczak, Olga Petersen und Marco Schulz (AfD)**

Betr.: Aufhebung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht gegen COVID-19

Die allgemeine Impfpflicht wurde vom Bundestag mit einer überwältigenden Mehrheit abgelehnt. Folgerichtig muss auch die einrichtungsbezogene Impfpflicht aufgehoben werden.

Die am 16. März 2022 in Kraft getretene Impfpflicht für Beschäftigte in Einrichtungen des Gesundheitswesens nach § 20a des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) gefährdet die Gesundheitsversorgung in Hamburg, indem sie Personen mit einem Beschäftigungsverbot belegen kann, die keine Impfung gegen COVID-19 nachweisen können.

Die eingesetzten Impfstoffe gegen COVID-19 können den Geimpften vor schweren Verläufen schützen, sie können aber eine Ansteckung des Geimpften nicht sicher ausschließen und auch nicht die Weitergabe der Krankheitserreger an Dritte, zum Beispiel an Patienten.¹ Der Impfschutz kann maximal ein Eigenschutz sein. Außerdem hat sich gezeigt, dass der Krankheitsverlauf mit der Virusvariante „Omikron“ relativ schwach verläuft. Die EU-Kommission hat am 21. Dezember 2020 den ersten der neuartigen COVID-19-Impfstoffe der Firma BioNTech zugelassen.² Alle in der Europäischen Union und damit in Deutschland zugelassenen COVID-19-Impfstoffe haben nach wie vor lediglich eine bedingte zeitlich limitierte Zulassung erhalten.³

96.000 Menschen, die 2021 beruflich in den von der im § 28b des Infektionsschutzgesetzes geregelten einrichtungsbezogenen Impfpflicht betroffenen Einrichtungen tätig waren, haben sich bereits Arbeit suchend gemeldet oder den Beruf gewechselt.⁴ Fast 100.000 Pflegekräfte haben demnach im zeitlichen Zusammenhang mit der Corona-Impfpflicht im Pflegebereich ihren Job gekündigt oder wurden gekündigt. Die Ärzte, Pflegekräfte, Psychotherapeuten, aber auch Haustechniker, Laboranten und sogar Verwaltungsangestellte werden förmlich aus ihrem Beruf gedrängt.

Schon vor Beginn der Corona-Maßnahmen waren die Auswirkungen des Pflegenotstands weithin sichtbar, wie selbst die Pflegebeauftragte der Bundesregierung Claudia Moll, MdB feststellte.⁵ Nach über zwei Jahren andauernder Einschränkungen hat sich die Lage extrem verschärft.

¹ <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus237528625/Impfpflicht-fuer-Pfleger-So-steuert-Deutschland-in-den-Notstand.html>.

² https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/73816/patientensicherheit_bei_der_covid_19_impfung_wer_wird_geimpft_und_wer_nicht_wer_traegt_das_haftungsrisiko.pdf.

³ <https://www.pei.de/SharedDocs/FAQs/DE/coronavirus/zulassungsprozesse-impfstoff/4-coronavirus-was-ist-bedingte-zulassung.html#:~:text=Diese%20ist%20zun%C3%A4chst%20f%C3%BCr%20f%C3%BCnf,April%202021.>

⁴ <https://dserver.bundestag.de/btd/20/013/2001312.pdf>.

⁵ <https://www.tk.de/presse/themen/gesundheitsystem/gesundheitspolitik/interview-claudia-moll-2122504?tkcm=ab>.

Darüber hinaus lösen alle Corona-Impfstoffe häufig unerwünschte Nebenwirkungen aus. Die Bundesregierung meldete schon vor einem halben Jahr, dass statistisch bei einem von 5.000 Geimpften eine schwerwiegende Nebenwirkung wie zum Beispiel eine Herzmuskelentzündung auftritt.⁶ Der Notaufnahme-Situationsreport des RKI zeigt, dass im April 2021 die Zahl der Vorstellungen von Personen mit kardiovaskulären und neurologischen Vorstellungsgründen sprunghaft angestiegen ist. Das RKI verzeichnet ungefähr 50 Prozent mehr Fälle von Menschen, die wegen Nerven- beziehungsweise Herz- und Kreislauf-Problemen in die Notaufnahmen kommen – und das zeitlich genau zu dem Zeitpunkt, zu dem auch die Impfung massiv an Fahrt aufgenommen hat.⁷

Die empirischen Tatsachen, die der aktuelle Sicherheitsbericht des Paul-Ehrlich-Instituts ausweist, sind besorgniserregend.⁸ Der Bericht verzeichnet für Deutschland in der Zeit vom 27. Dezember 2020 bis 31. Dezember 2021 insgesamt 244.576 Verdachtsfälle von Nebenwirkungen oder Impfkomplicationen nach Impfung mit Corona-Impfstoffen. Davon 29.786 Verdachtsfälle mit schwerwiegenden Reaktionen und 2.255 Fälle mit einem tödlichen Ausgang. Betroffen sind alle Corona-Impfstoffe.⁹

Die Meldungen von Nebenwirkungen bei Corona-Impfstoffen sind 16-mal so hoch wie bei anderen herkömmlichen Impfstoffen. Es wurden hier 140 Prozent mehr Verdachtsfälle auf Nebenwirkungen und 170 Prozent mehr auf Todesfälle gemeldet als in den letzten 20 Jahren für die Gesamtheit aller in Deutschland verwendeten Impfstoffe.¹⁰ Professor Dr. Arne Burkhardt führte in vielen Verdachtsfallmeldungen über einen tödlichen Ausgang Obduktionen durch. Die Ergebnisse waren besorgniserregend, wie er in einer Anhörung des Sozialausschusses im Sächsischen Landtag am 7. März 2022 bestätigte.¹¹ ¹² Er stellte im ganz überwiegenden Teil der Obduktionen mit unklarer Todesursache einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Corona-Impfung fest. Er fand unter anderem Gefäßschäden, Milzschäden, Myokarditis, Lungenentzündungen, Thrombosen.

An der Charité in Berlin wird eine Studie zu Nebenwirkungen nach Corona-Impfungen durchgeführt. Professor Harald Matthes leitet dort die Studie und spricht von etwa einer halben Million Fälle mit schweren Nebenwirkungen nach den COVID-Impfungen in Deutschland. Er fordert im Übrigen mehr Ambulanzen für Impfgeschädigte.¹³

In der Uniklinik Marburg wird die COVID-Ambulanz von Patienten überrannt, die Schäden nach einer Impfung haben.¹⁴ Inzwischen kommen in der Spezialambulanz für Patienten mit Nebenwirkungen nach der Corona-Impfung bis zu 400 Mails täglich an mit der Bitte um Hilfe. Die Warteliste ist schon auf 800 Patienten angewachsen.¹⁵

Auch vor diesem Hintergrund ist die einrichtungsbezogene Impfpflicht nicht mehr haltbar.

⁶ <https://www.facebook.com/Bundesregierung/photos/a.769938079764597/4587111974713836/>.

⁷ https://edoc.rki.de/bitstream/handle/176904/9017/SitRep_de_2021-11-24.pdf?sequence=1&isAllowed=y.

⁸ <https://www.pei.de/DE/newsroom/dossier/coronavirus/arzneimittelsicherheit.html>.

⁹ https://www.pei.de/SharedDocs/Downloads/DE/newsroom/dossiers/sicherheitsberichte/sicherheitsbericht-27-12-20-bis-31-12-21.pdf?__blob=publicationFile&v=5.

¹⁰ <https://www.transparenztest.de/post/paul-ehrlich-institut-16x-mehr-verdachtsfaelle-nebenwirkungen-bei-covid-mrna-impfstoffen> und https://www.transparenztest.de/post/pei-bericht-244576-covid-impf-nebenwirkungen-und-2255-todesfaelle?fbclid=IwAR3KA1BnkJxTkGnd_2YdPmaT7f2u-mm8pltu0it7svvDSuhr6mV6rTAsyKM.

¹¹ <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/126061/Heidelberger-Pathologe-pocht-auf-mehr-Obduktionen-von-Geimpften>.

¹² <https://www.youtube.com/watch?v=FsbK6FW2W58>.

¹³ <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/panorama/corona-impfung-nebenwirkungen-impfschaeden-100.html>.

¹⁴ <https://www.berliner-zeitung.de/gesundheit-oekologie/impfnebenwirkungen-jeden-patientenden-man-impft-ganz-genau-anschauen-li.221121?pid=true>.

¹⁵ <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/uniklinik-marburg-hilft-patienten-mit-long-covid-symptomen-nach-corona-impfung,spezialsprechstunde-covid-impfung-100.html>.

Am 24. November 2021 hat das Bundesministerium der Verteidigung die COVID-19-Impfung in das Basisimpfschema aufgenommen. Dies setzt Soldaten der Gefahr einer Impfung gegen ihren Willen aus. Diese Entscheidung muss aufgrund der oben dargestellten Tatsachen ebenfalls zurückgenommen werden. Mehrere Bundeswehrangehörige beklagen bereits die Corona-Impfpflicht bei der Bundeswehr.¹⁶

Vordringliche Aufgabe des Senats ist es, die Versorgung im Gesundheits- und Pflegebereich sicherzustellen. Aufgrund der gesetzlichen Festlegungen in § 22a Absatz 1 Satz 3 IfSG gelten ab 1. Oktober 2022 zweifach Geimpfte in vielen Fällen auch in Kombination mit einer erfolgten Genesung als ungeimpft. Eine fortlaufende Prüfung durch die Gesundheitsämter wäre niemals leistbar.

Der Senat steht in der Pflicht, seine Möglichkeiten dahin gehend zu nutzen, dass von der Umsetzung von Betretungs- und Tätigkeitsverboten abgesehen wird und auf diese Weise die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sichergestellt bleibt.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Gesundheitsämter anzuweisen, ihr Ermessen regelhaft derart auszuüben, dass Betretungs- und Tätigkeitsverbote für Ungeimpfte in der Regel *nicht* ausgesprochen werden,
2. sich auf Bundesratsebene für die Aufhebung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht einzusetzen,
3. sich auf Bundesratsebene für die Aufhebung von Anordnungen zur Duldung von COVID-19-Impfungen einzusetzen,
4. der Bürgerschaft unverzüglich, spätestens aber bis zum 30. November 2022, zu berichten.

¹⁶ MDR (02.05.2022), Bundesverwaltungsgericht berät über Corona-Impfpflicht bei Bundeswehr, <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/corona-impfpflicht-bundeswehr-soldaten-gericht-100.html>, (Abruf am 09.05.2022).